

Gewissensprüfung für Flüchtlinge?

Linnemann will Integrationsvereinbarung

Die CDU kommt auch eine Woche nach dem „Werkstattgespräch“ der Partei beim Thema Migrationspolitik nicht zur Ruhe.

Berlin. Der Chef der Unions-Mittelstandsvereinigung, Carsten Linnemann (CDU), fordert nun individuelle Integrationsvereinbarungen zwischen Flüchtlingen und dem deutschen Staat. „Wer dagegen verstößt, der muss mit Sanktionen rechnen, so wie es bei Hartz IV ja auch ist“, sagte er dem Magazin „Der Spiegel“.

Linnemann sagte, eine Integrationsvereinbarung müsse ein Bekenntnis zu Werten und zur Rechtsordnung der Bundesrepublik enthalten. Zudem müsse es klare Zielvereinbarungen geben. Dies könnten zu erwerbende Sprachkenntnisse sein. Falls diese Vereinbarungen nicht eingehalten würden, seien Konsequenzen notwendig. „Es muss einen ganz klaren Sanktionsmechanismus geben, von der Umstellung von Geld- auf Sachleistungen bis hin zum Thema Aufenthaltsentzug.“ Mit einem „Werkstattgespräch“ könne man das Thema Migration nicht erledigen, sagte Linnemann. Vielmehr sei man an einem Punkt, wo die kulturelle Integration Hunderttausender Flüchtlinge vor allem aus islamischen Ländern als eigentliche Herausforderung auf Deutschland zukomme. „Wir haben noch nicht begonnen, uns ernsthaft, also ohne Scheuklappen, darüber zu unterhalten.“ Auch die viel diskutierte Frage, ob der Islam zu Deutschland gehört, brachte er wieder ins Spiel. „Wir sollten uns zumindest alle darauf einigen kön-



Carsten Linnemann.

Foto: Kay Nietfeld

nen, dass der politische Islam nicht zu Deutschland gehört“, verlangte er. Über das Thema müsse auch im Koalitionsausschuss gesprochen werden. Das nächste schwarz-rote Spitzentreffen ist für den 14. März geplant. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte im Jahr 2015 gesagt, es sei „offenkundig, dass der Islam inzwischen unzweifelhaft zu Deutschland gehört“.

Linnemann sprach sich auch für die Einführung eines Visums für religiöse Prediger aus, das an Deutschkenntnisse gekoppelt sein solle. „Es kann nicht sein, dass wir 2000 Imame in Deutschland haben, die kein oder kaum Deutsch können.“ Sprachkenntnisse seien „ein erster Schritt ins Wertesystem unseres Landes“. Zusätzlich müsse eine umfassende Sicherheitsüberprüfung Teil des Visumprozesses sein. „Drittens müssten die Prediger schriftlich erklären, dass sie unseren Rechtsstaat und unsere Rechtsordnung anerkennen und respektieren.“ Darüber hinaus brachte er einen weiteren Vorschlag ins Gespräch: einen wissenschaftlich begleiteten Modellversuch zur Begrenzung des Migrantenteils in Schulen. (dpa)

Dr. Kurt Bunke
Am Lohberg 5
35091 Cölbe
Tel 06427-2330

Leserbrief an die Oberhessische Presse

Bezug: „Gewissensprüfung für Flüchtlinge? Linnemann will Integrationsvereinbarung (OP vom 18.02.2019, S. 11)

Carsten Linnemann ist Chef der CDU-Mittelstandsvereinigung. Zahlreiche mittelständische Betriebe, für die er eigentlich sprechen sollte, haben Integrationsvereinbarungen mit Flüchtlingen in Form von Arbeits- und Ausbildungsverträgen abgeschlossen. Integration scheitert weder an mittelständischen Arbeitgebern noch an Geflüchteten. Dagegen scheitert sie nur allzu oft an Behörden, die trotz aller Integration Menschen mit Arbeitsvertrag abschieben oder Ausbildungsverträge nicht genehmigen. Eigentlich hätte ich erwartet, dass Herr Linnemann die Interessen seiner Klientel vertritt und sich gegen diesen Unfug wendet. Stattdessen schlägt er eine staatliche Integrationsbürokratie vor, die tausende individuelle Integrationsvereinbarungen zwischen Staat und Flüchtlingen verwalten soll.

Integration funktioniert nicht auf staatliche Anordnung. Sie funktioniert im täglichen Zusammenleben von Deutschen und Zugewanderten. Zahlreiche Flüchtlingsinitiativen in unserem Landkreis machen das vor. Sie begleiten junge Flüchtlinge auf dem Weg in den Beruf und integrieren sie in die örtliche Jugendarbeit. Sie bringen geflüchtete Frauen mit einheimischen zusammen und ebnen damit den Weg zur Emanzipation. Sie beziehen Flüchtlinge ins Dorfleben ein und bringen mit ihnen zusammen Projekte voran, für die ansonsten Geld und Personal fehlen würden. Für solche praktischen Dinge wäre die Unterstützung eines Mittelstands-Politikers hoch willkommen.

Ach ja, die Begrenzung des Migrantenteils an Schulen will er wissenschaftlich begleiten, den politischen Islam aus Deutschland ausgrenzen und Visa für Imame an den Nachweis von Deutschkenntnissen koppeln. Vielleicht kennt er sich mit Schulen, islamischer Theologie und Sprachprüfungen besser als mit den Interessen des Mittelstands. Es ist zu hoffen.

Cölbe, den 18.02.2019

